



Anfrage Hunkeler Yvonne und Mit. über konkrete Sparmassnahmen als Alternativen zur Steuererhöhung

eröffnet am 30. Januar 2017

Am 12. Dezember 2016 hat der Regierungsrat auf verschiedene Anfragen nach Alternativen zur beabsichtigten Steuererhöhung sehr vage geantwortet. Am 21. Mai 2017 wird die Luzerner Bevölkerung mit sehr grosser Wahrscheinlichkeit über die vom Kantonsrat beschlossene Steuererhöhung abstimmen. Es ist an der Zeit, das Kind, im Hinblick auf diese Abstimmung, beim Namen zu benennen und klar und deutlich aufzuzeigen, was passiert, wenn die Steuererhöhung abgelehnt wird.

1. Welche Massnahmen wird der Regierungsrat unmittelbar nach der Abstimmung einleiten, falls die Steuererhöhung am 21. Mai 2017 von den Luzerner Bürgerinnen und Bürgern abgelehnt wird?
2. Der Regierungsrat schreibt in seinen Antworten im Dezember 2016: «Eine eventuelle Ablehnung der beantragten Steuerfusserhöhung verstehen wir als Auftrag der Luzerner Bevölkerung, die Ausgaben des Kantons Luzern zu reduzieren.» Und: «Weitere Kostensenkungen ohne einen substanziellen Leistungsabbau sind vor diesem Hintergrund illusorisch.» In welchen konkreten Bereichen sieht der Regierungsrat heute, die Ausgaben zu reduzieren respektive Leistungen abzubauen?

Hunkeler Yvonne

Nussbaum Adrian

Helfenstein Gianmarco

Lichtsteiner-Achermann Inge

Krummenacher-Feer Marlis

Wyss Josef

Piazza Daniel

Bernasconi Claudia

Schmassmann Norbert

Roth Stefan

Bucheli Hanspeter

Gasser Daniel

Lipp Hans

Roos Guido

Galliker Priska

Odermatt Markus

Marti Urs

Meyer Jürg

Bucher Franz

Zurkirchen Peter

Jung Gerda

Zehnder Ferdinand

Gehrig Markus

Grüter Thomas

Oehen Thomas

Zurbriggen Roger

Kaufmann-Wolf Christine